

Die in Deutschland betriebene „Energiewende“ ist vor allem im Bereich der Stromerzeugung die Abkehr von einer für jeden Staat essenziellen, durch ökonomische, technische und ökologische Erwägungen bestimmte Energiepolitik. **Die schlimmen Folgen** sind auch im Main-Kinzig-Kreis durch die Errichtung einer großen Zahl von Windenergieanlagen unübersehbar. Die AfD wird sich daher, wo immer erforderlich, gemeinsam mit dem hessischen Landesverband konsequent dafür einsetzen,

– dass das Energie-Einspeisegesetz (EEG) und seine Folgegesetze **ersatzlos gestrichen** werden. Nur so können Höchstpreise für Strom, die damit verbundenen Folgen für den Wirtschaftsstandort und die Zerstörung von Lebensqualität und Natur auf Dauer verhindert werden.

– dass in unserem Kreis die vor allem von den Grünen vorangetriebene **weitere Errichtung von Windenergieanlagen gestoppt** wird.

– dass in jedem Fall betroffene Bürger die volle Mitbestimmung

(Bürgerbegehren, Bürgerentscheid) bei der Genehmigung von Windenergieanlagen bekommen.

– dass als Minimalforderung ein **zehnfacher Abstand** der Höhe von Windrädern zur nächstgelegenen Wohnbebauung und ein dreifacher Abstand zu öffentlichen Straßen und Bahntrassen einzuhalten ist, wenn die Errichtung solcher Anlagen nicht zu verhindern ist.

– dass die Bürger von Politikern im Kreis sachlich und wahrheitsgemäß über die Versorgung mit erneuerbarer Energie informiert

werden. Keine Stadt oder Gemeinde kann ausschließlich mit Wind- oder Solaranlagen mit Strom versorgt werden. Nur durch Kraftwerke wie Staudinger können Bürger und Industrie unabhängig von Wetter, Tages- oder Jahreszeit zuverlässig über Strom verfügen.

– dass **kommunale Auflagen** hinsichtlich des CO₂-Ausstoßes als Maßnahme gegen einen Klimawandel sofort beendet werden. Die Behauptung, dass Aktionen einzelner Kommunen einen Einfluss auf das Weltklima haben, ist

völlig absurd. Der einzige Effekt ist, dass die Gemeindekassen zusätzlich belastet werden.

– dass die Planungen für neue **Stromtrassen wie Suedlink** sofort eingestellt werden. Eine derartige Stromtrasse durch das Kinzigtal muss verhindert werden.

– dass „Energiepflanzen“ wie Mais oder Raps zur Herstellung von „Bio“-Energie auf landwirtschaftlichen Nutzflächen nicht mehr großflächig angebaut werden dürfen. Die Problematik wird mit dem Bauernverband abgestimmt.